



Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

2. Sitzung (nicht öffentlich)

5. Oktober 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.40 Uhr

Vorsitz: Erich Heckelmann (SPD)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Aktuelle Viertelstunde: Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz**

1

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales geht auf Fragen zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ein. Seinen Ausführungen schließt sich eine Diskussion an.

- 2 **Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der 12. Wahlperiode**

3

Bericht des MAGS über die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der 12. Wahlperiode

Seite

3 Jugend, Beruf, Zukunft 8

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 12/168

in Verbindung damit:

Berufliche Zukunft nicht verbauen - Ausbildungsplätze schaffen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/125

Der Ausschuß nimmt Berichte des MAGS, des Landesarbeitsamtes und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Verkehr und Technologie entgegen, denen sich eine Diskussion anschließt.

4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995) 14

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Titelgruppe 61 (Landesjugendplan)

Zuschüsse an Träger der freiwilligen Jugendhilfe

Der Ausschuß stimmt der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für Titelgruppe 61 - Landesjugendplan - in Titel 684 61 um 180 000 DM für Maßnahmen des freiwilligen ökologischen Jahres zu.

Kapitel 07 050 - Titelgruppe 80

Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK

Der Ergänzung der Erläuterungen zu Kapitel 07 050 im Titel 653 80 stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion zu.

Kapitel 07 050 - Titel 883 80

Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Tageseinrichtungen für Kinder

Der Ausschuß stimmt folgendem Haushaltsvermerk
Nr. 2 (neu) zu:

Aus den Mitteln dürfen Ausgaben für substanzerhaltende Maßnahmen, bei denen die Voraussetzungen der Nr. 2.4 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zu den Bau- und Einrichtungskosten von Tageseinrichtungen (SMBl. NW. 2160) am 31.12.1993 vorlagen, geleistet werden.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 07 in den geänderten Teilen, soweit sie den KJF-Ausschuß betreffen, mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion angenommen.

5 Festlegung der Sitzungstermine 1996

17

Der Ausschuß verständigt sich auf folgende Sitzungstermine für das Jahr 1996: 18. Januar, 8. Februar, 7. März, 18. April, 13. Juni, 29. August, 19. September, 24. Oktober, 7. November und 5. Dezember.

Seite

6 Festlegung und Verfahren der auswärtigen Sitzungen 17

Der Ausschuß verständigt sich darauf, daß auch bei auswärtigen Sitzungen über Anträge abgestimmt wird.

Die Fraktionen werden dem Ausschußsekretariat mitteilen, welchen Bedarf für auswärtige Sitzungen sie haben. Konkret hat bereits der CVJM den Wunsch geäußert, mit dem KJF-Ausschuß eine Sitzung zu veranstalten.

7 Festlegung der Öffentlichkeit von Sitzungen 17

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die Anwendung des § 30 der neuen Geschäftsordnung im Hinblick auf öffentliche Sitzungen zu überprüfen und in der nächsten Sitzung eine Entscheidung zu treffen.

8 Verschiedenes

Siehe Seite 18 des Diskussionsteils

Frank Sichau (SPD) greift die Zielrichtung auf, die Ausbildungsbereitschaft müsse perspektivisch verändert werden. Ausgebildet werden könne allerdings nur dann, wenn die Anerkennung gemäß Berufsbildungsgesetz und nach der Handwerksordnung erfolge. Die einschlägigen Vorläufe und Verfahren müßten umgesetzt werden. Welche konkreten Vorstellungen habe das Ministerium? Absichtserklärungen würden niemandem weiterhelfen, der in den betroffenen Bereichen eine Ausbildung absolviere. Im Berufsbildungsbericht sei von einem "Kölner Modell" die Rede.

Ministerialrätin Schausten (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr) antwortet, Ausbildungsordnung und -neuordnung hätten sich in den bildungspolitischen Diskussion fast schon zu einem Reizthema entwickelt, weil sich die Verfahren mitunter über Jahrzehnte hingezogen hätten. Begründet liege dies in dem Ordnungsprozeß, an dem viele - zum Beispiel die Sozialpartner - beteiligt würden, der Konsens der Sozialpartner hergestellt werden müsse.

Das "Kölner Modell" orientiere auf den Medienbereich. Dort habe das Land Nordrhein-Westfalen über das Wirtschaftsministerium mit den zuständigen Stellen vor Ort in enger Abstimmung mit den beruflichen Schulen gewirkt. Die Kammern seien beteiligt worden. Außerdem habe man noch das für die Neuordnung verantwortliche Bundesinstitut einbezogen. Der Erfolg habe sich unter anderem deshalb eingestellt, weil von Anfang an alle diejenigen, die im Ordnungsprozeß auf Bundesebene beteiligt gewesen seien, in den Modellversuch integriert worden wären. Somit habe sich ein innovativer Modellversuch herausgebildet, der nachgewiesen habe, daß akzeptable Lösungen ohne längeren Vorlauf umgesetzt werden könnten. Über mehrere Jahre andauernde Forschungsvorhaben seien nicht mehr vonnöten.

(Minister Müntefering verläßt die Sitzung um 16.05 Uhr.)

**4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995
(Nachtragshaushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/153

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Antonius Rösenberg (CDU) teilt mit, seiner Erkenntnis nach bemühten sich die kommunalen Behörden sehr wohl, im Rahmen der Unterhaltssicherung die notwendigen Schritte einzuleiten. Es solle schlüssig nachgewiesen werden, ob die Behauptung des Finanzministers zutreffe, die Kommunen hätten kein großes Interesse daran, die säumigen Väter ausfindig zu machen. Ihm, Rösenberg, lägen gegenteilige Informationen vor. Nach geeigneten Mitteln

der Kooperation müsse gesucht werden, um den Kostenfaktor zu senken. Der jetzige Stand sei unbefriedigend.

Bei der dieser Gelegenheit erklärt **Vorsitzender Erich Heckelmann**, der Minister habe die Sitzung wegen eines anderen Termins verlassen müssen.

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS) legt dar, das Ministerium sei durch die Leistungsverbesserungen überrascht worden. Die Zahl der Unterhaltsberechtigten habe dramatisch zugenommen. Problematisch sei, daß die Rücklaufquote nicht in demselben Maße angestiegen sei. Bund und Land verfolgten identische Interessen.

Die Feststellung des Finanzministers treffe deshalb zu, weil sich die Rücklaufquoten faktisch zwischen 0 und 30 % bewegten. Es gebe Kommunen, die ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpften und im Sinne des Gesetzes arbeiteten. Andere Kommunen verzeichneten nur geringe Rücklaufquoten. Eine Bund-Länder-Besprechung finde am 25. Oktober in Bonn statt. Dort solle über geeignete Mechanismen und Konsequenzen nachgedacht werden, so daß die Rücklaufquote auf eine optimale Höhe gelange.

In der überwiegenden Zahl der Fälle liege aber auch eine objektive Unmöglichkeit vor (zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit des Vaters).

Bernd Flessenkemper (SPD) unterstützt die Auffassung des Abgeordneten Rösenberg. Unbefriedigend sei, daß in anderen Bereichen um 10 000 DM gekämpft werden müsse, während im aktuellen Fall Millionenbeträge locker gezahlt würden. Unter Umständen müsse die vom MAGS geschilderte Situation (null bis 30 %) zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufgegriffen werden, damit neue Erkenntnisse gewonnen und Initiativen für eine Verbesserung der Situation ergriffen werden könnten.

Antonius Rösenberg (CDU) bittet das Ministerium darum, nach der Bund-Länder-Besprechung unaufgefordert Bericht zu erstatten. - Das MAGS sagt dies zu.

Titelgruppe 61 (Landesjugendplan)

Zuschüsse an Träger der freiwilligen Jugendhilfe

Auf eine entsprechende Nachfrage des Abgeordneten **Jens Petring (GRÜNE)** erläutert **Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS)**, mit dem Freiwilligen ökologischen Jahr folge das Land einer bundesgesetzlichen Vorgabe. Bundesweit gehe es um etwa 650 Plätze. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen etwa 50 Plätze. Im nächsten Jahr werde ein Niveau von 100 Plätzen angestrebt. Der Endstand (200 Plätze) werde für 1997 angepeilt. Angesprochen

würden in erster Linie Hauptschüler mit und ohne Abschluß. Hinzugekommen seien weitere Interessenten, unter ihnen - wie beim Freiwilligen sozialen Jahr - überwiegend Abiturientinnen und Abiturienten.

Anfang November werde eine weitere Trägerkonferenz veranstaltet, um neu mit der Thematik befaßte Einrichtungen einzugliedern. Verauslagt würden für den Rest des Jahres etwa 180 000 DM. Vor allen Dingen solle den Hauptschülern als vorrangiger Klientel geholfen werden.

Jens Petring (GRÜNE) betont für die Umsetzung des Freiwilligen sozialen Jahres das Primat der Jugendhilfe. Der Ausschuß solle sich im ersten Halbjahr 1996 erneut mit dem Thema befassen. - Der Ausschuß, bemerkt **Vorsitzender Erich Heckelmann** bei dieser Gelegenheit, werde sich bereits im Rahmen seiner Haushaltsberatungen mit der Angelegenheit auseinandersetzen.

Kapitel 07 050 - Titelgruppe 80

Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK

Antonius Rüsenberg (CDU) stellt fest, das in der Vorlage Formulierte finde sich so bereits im Gesetz wieder. Welchen Hintergrund habe insofern die Erläuterung zum Titelbereich 653 80?

Hierbei, antwortet **Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS)**, handele es sich um den berechtigten Wunsch des Finanzministers. Die Erläuterung solle der Klarstellung dienen, weil der Finanzminister den Eindruck gehabt habe, daß sich die Kommunen den 27 %igen Betriebskostenzuschuß möglicherweise zugute rechnen würden. - Ungeachtet dessen, bemerkt **Vorsitzender Erich Heckelmann**, handele es sich um einen Pleonasmus.

Antonius Rüsenberg (CDU) stellt klar, das, was durch die Beschlußfassung des Landtags bereits gesetzlich fixiert sei, brauche nicht zur Erläuterung eines Titels im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplans erneut formuliert zu werden.

Kapitel 07 050 - Titel 883 80

Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Tageseinrichtungen für Kinder

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS) erläutert, es entstünden keine Mehrkosten. In den Haushalt seien 30 Millionen DM eingestellt worden, die beispielsweise für substanzerhaltende Maßnahmen und Notsanierungen genutzt würden. Während der seinerzeitigen Haushaltsberatungen habe das Ministerium erklärt, 10 Millionen DM seien für dringend notwendige Sanierungen vorgesehen. Eine Überprüfung des Haushaltsrechts habe jedoch ergeben, daß eine Zurverfügungstellung nicht möglich gewesen wäre, weil "Sanierung" nur jene Fälle abdecke, die per 31.12.1993 bekannt gewesen seien.

Mit dem jetzigen Vorschlag wolle das MAGS korrigierend eingreifen. Nun entspreche die Absicht, die alle verfolgt hätten, dem Haushaltsrecht und der Haushaltslage.

Antonius Rüsenberg (CDU) stellt klar, weil seine Fraktion einigen Positionen zustimmen könne und andere ablehnen müsse, werde sie sich in der Gesamtabstimmung nur enthalten können.

5 Festlegung der Sitzungstermine 1996

Kein Diskussionsprotokoll

6 Festlegung und Verfahren der auswärtigen Sitzungen

Kein Diskussionsprotokoll

7 Festlegung der Öffentlichkeit von Sitzungen

Kein Diskussionsprotokoll